

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

### Beschlagnahme der Kohlensteuer.

Paris, 17. Januar. (W.Z.) Die Agentur Havas berichtet über die nächsten Maßnahmen: Infolge der gestern festgestellten Verschleungen Deutschlands bei den Kohlenlieferungen hätten sich die französische und die belgische Regierung entschlossen, sofort auf Konto der Alliierten die Kohlensteuer in den besetzten Gebieten zu erheben. Italien werde sich dieser Maßnahme anschließen. Weitere Sanktionen seien noch Gegenstand von Beratungen zwischen den drei Regierungen, und zwar insolge der zwei weiteren von der Reparationskommission festgestellten Verschleungen Deutschlands. Es käme die Kontrolle der Dominalwälder in Betracht. Diese werde vorbereitet, ferner werde die Errichtung einer Zolllinie im Rheinlande und um das Ruhrgebiet geprüft.

Nach dem „Journal“ werden im Reparationsauschuß die Verhandlungen über die deutschen sogenannten Verschleungen fortgesetzt werden. Die Verschleungen bei den Stickstofflieferungen und bei der Durchführung der französischerseits geforderten großen öffentlichen Arbeiten erfordern eine vorherige Prüfung, mit der man begonnen habe. Bezüglich der Benzinlieferungen an Italien werden die deutschen „Verschleungen“ unverzüglich festgestellt werden.

Wie die Agence Havas berichtigend mitteilt, hat die Reparationskommission in ihrer gestrigen Vormittagsitzung „Verschleungen Deutschlands“ bei den Kohlen- und Viehlieferungen festgestellt, nicht aber bei den Holzlieferungen.

#### Die Kohlenrequisition.

Paris, 17. Januar. (Havas.) Gestern haben sechs Essener Zechenbesitzer die Requisitionen erheben. Weitere Requisitionen werden morgen abgehen. Die Grubendirektoren werden einzeln für die Lieferungen haftbar gemacht, d. h. es wird ihnen mit dem Prozeß vor dem Militärgericht gedroht.

Paris, 17. Januar. (W.Z.) „Journal“ berichtet, daß eine neue Abteilung Ingenieure zur Verstärkung der Mission Coste abgereist ist; einige englische Ingenieure sollen sich Frankreich für das Ruhrgebiet zur Verfügung gestellt haben.

Paris, 17. Januar. (Gca.) Wie die „Temps“ mitteilt, haben die Besitzer der deutschen Kohlengruben im Ruhrgebiet ihren Geschäftsfreunden im Auslande mitgeteilt, daß sie infolge höherer Gewalt ihre Lieferungsverträge annullieren müßten.

#### Baden lehnt Bevorzugung ab.

Karlsruhe, 17. Januar. („Frankf. Ztg.“) In der Trauertombengung in Freiburg teilte Arbeitsminister Genosse Dr. Engler mit, Frankreich habe verschiedene deutschen Gebieten, darunter auch Baden, eine bessere Besetzung mit Kohle in Aussicht gestellt. Unter lebhaftem Beifall betonte der Redner, Baden habe diese Einseitigkeit bevorzugt abgelehnt, da sie anderen deutschen Staaten zum Nachteil gereichen würde. Heute, an einem Zeitpunkt drohender Fremdherrschaft dürfe es keinen Partikularismus einzelner Bundesstaaten mehr geben. Mehr als je müsse die Idee eines einigen deutschen Volkes und eines gemeinsamen deutschen Vaterlandes zum Ausdruck kommen.

#### Die Ausdehnung der Besetzung.

Essen, 17. Januar. (W.Z.) Alle Anzeichen weisen darauf, daß für heute eine weitere Ausdehnung der Besetzung geplant ist. Die Eisenbahnen werden starke Truppentransporte in östlicher Richtung, so heute morgen weitere 7 Züge. Dortmund, das von 1500 Mann besetzt ist, die unter dem Befehl der Generale Duvisy und Rampon stehen, ist von größeren Truppenabteilungen postiert worden, die östlich, südlich und südöstlich weiterziehen.

Zwischenfälle von besonderer Bedeutung haben sich nirgends ereignet. In Buer-Erle ließ ein französischer Major den Polizeikommissar einige Stunden einsperren, weil er innerhalb einer ihm gesetzten Frist nicht die für das Nachtquartier der Truppen angeforderten 12 vollständigen Betten mit Bettgestellen, ferner 30 weitere Betten und 450 Strohhäcke beschaffen konnte. Es gelang schließlich, die Forderung auf die Hälfte herabzusetzen, was für die Stadt noch immer eine schwere Millionenausgabe, da Strohhäcke, von denen das Stück 5000 Mark kostet, gekauft werden mußten. Der Belagerungszustand in Essen hat eine weitere Verschärfung erfahren, indem jetzt auch Anzüge und Umzüge der für Versammlungen vorgeschriebenen Genehmigung, die drei Tage vorher eingeholt werden muß, unterliegen. Auch sonst macht sich der Druck der Besetzung von Tag zu Tag fühlbarer. Entgegen der Gepflogenheit einzelner Geschäfte, von geringen Beständen einzelnen Personen nur bestimmte Mengen abzugeben, verlangen die Franzosen, daß jede von ihnen verlangte Menge abgegeben wird, so daß einzelne Geschäfte schon fast leer gekauft sind. Die Preise steigen sprunghaft. Die Besatzungstruppen sind bisher in 10 Volksschulen und einer höheren Schule untergebracht, und der Schulunterricht hat in den in Frage kommenden Schulen ausgesetzt werden müssen.

Sessenfelsen, 17. Januar. (U.) Dem Oberbürgermeister erklärte General Bedalon im Divisionshauptquartier Recklinghausen, daß nunmehr der Stadt- und Landkreis Sessenfelsen als besetzt zu gelten hätte und daß er der zuständige Oberbefehlshaber sei. Der Oberbürgermeister und sein Begleiter erhoben gegen diese Unterstellung unter fremde Befehlsgewalt Einspruch. General Bedalon nahm davon Kenntnis, erklärte aber, daß er seine Befehle auszuführen hätte, daß er im übrigen durchaus kein gewaltsames Vorgehen wünsche, im Gegenteil allen ihm unterstellten Militärpersonen ein korrektes Verhalten gegenüber der Zivilbevölkerung zur Pflicht gemacht habe. Umgekehrt erwarte er ein gleiches Verhalten gegenüber seinen Truppen.

Dohwinkel, 17. Januar. („Köln. Ztg.“) Da auch der nördliche Teil des Kreises Reitmann besetzt ist, begab sich der Landrat zu dem französischen General in Bredeburg und erklärte ihm, daß er die Besetzung für einen Bruch des Völkerrechts und des Versailler Friedens halte, wogegen er Einspruch erhebe; er werde als Beamter seine Pflicht erfüllen und sich nicht von seiner deutschen Gesinnung abbringen lassen. Der General nahm diese Erklärung schweigend zur Kenntnis.

#### „Nur 45 000 Mann.“

Paris, 17. Januar. („New York Herald.“) Staatssekretär Hughes hat den französischen Botschafter Jufferand um Auskunft ersucht, ob wirklich 100 000 Franzosen ins deutsche Ruhrgebiet eingerückt seien. Poincaré wies den Botschafter an, zu erklären, daß die Invasionsarmee 45 000 Mann nicht überschreiten werde.

#### Weiterer Vormarsch.

Die Franzosen haben heute morgen ihren militärischen Vormarsch von Dortmund und Essen aus fortgesetzt. Zwischenfälle sind nicht bekannt geworden. Der Vormarsch geht über Reitmann in Richtung Kupperdreh, jedoch sind Schwelm und Ebersfeld noch nicht besetzt; in nördlicher Richtung Vormarsch von Dortmund aus in Richtung auf Asseln. Unna ist noch nicht besetzt, auch Hagen noch frei. Hingegen ist Herdecke gestern abend noch besetzt worden. Die leitenden Bergbaubeamten der „Gute-Hoffnungs-Hütte“ erklären, daß sie, wenn ihre Direktoren verhaftet werden, ebensowenig wie diese sich französischen Befehlen fügen würden. Die linksrheinischen Zechen haben erklärt, daß sie, soweit nichtdeutsche Stellen in Frage kommen, lediglich von dem Alliierten Ausschuss in Koblenz Befehle entgegennehmen werden. Falls eine Beschlagnahme der Werke und der geförderten Kohlen erfolgen sollte, so wird auch diese Maßnahme den Franzosen nicht das Geld einbringen, um die Bergarbeiter damit bezahlen zu können. Auf den Häfen sind kaum so viel Kohlen vorhanden, wie den französischen Wünschen entsprechen dürften.

Den Werksdirektoren hat man erklärt, daß die ihnen zur Beantwortung vorgelegten Fragen das Geschäftsgeheimnis nicht gefährden würden. Tatsächlich hat die französische Note jedoch die Vorlegung sämtlicher Dokumente, auch von Privatwerken, verlangt.

#### „Ausgesprochen erste Lage.“

London, 17. Januar. (W.Z.) Der Sonderberichterstatter der „Times“ in Düsseldorf schreibt, die Lage im Ruhrgebiet sei in den letzten 24 Stunden ausgesprochen ernst geworden. Der Berichterstatter hatte eine Unterredung mit einigen Vertretern der Großindustrie nach ihrer Zusammenkunft mit den französischen Generalen Simon und Dennigues gehabt. Die deutschen Industriellen erklärten mit dem größten Nachdruck, daß nichts sie veranlassen würde, ihre Haltung zu ändern oder auch nur einen Augenblick die Reparationslieferungen zu erwagen, solange die französischen und belgischen Truppen im Ruhrgebiet blieben. Zwei Gewerkschaftsführer und Mitglieder des Ausschusses des Deutschen Bergarbeiterverbandes erklärten, an der absurden Lage sei nur der Militarismus schuld. Die Gewerkschaftsführer gaben ihrer großen Empörung darüber Ausdruck, daß sie nach Düsseldorf berufen wurden, um eine so bedeutungslose Mitteilung eines französischen Generals entgegenzunehmen und erklärten nachdrücklich, daß sie einer weiteren Auforderung zu einer solchen Zusammenkunft nicht mehr folgen würden. Der Berichterstatter stellt weiter fest, daß sich die deutsche Entschlossenheit unter den Arbeitgebern, Arbeitern und Beamten festige und daß die Erregung der deutschen Bevölkerung zunähme. Der Regierungspräsident von Düsseldorf erklärte dem Berichterstatter, daß die Lebensmittelpreise in Essen seit der Besetzung um 50 Proz. gestiegen sind und daß die Requisitionen besonders von Holz, Stroh und Petroleum große Not verursachten. Niemand wisse, woher das Geld, das notwendig sei, um die 550 000 Ruhrbergarbeiter zu bezahlen, nach dem nächsten Jahrestage kommen solle.

#### Internationaler Generalstreik?

Essen, 17. Januar. (Mib.) In der Sitzung des Internationalen Gewerkschaftsbundes zu Amsterdam wird u. a. die Proklamation eines internationalen Generalstreiks erwogen werden.

#### Weitere Marktentwertung.

##### Der Pessimismus der Börse. — Aktienhaufe.

Die verzweifelte Stimmung, in der sich ganz Deutschland befindet, erhält ihren ziffermäßigen Ausdruck in den von Tag zu Tag sprunghaft steigenden Devisenkursen. Heute erreichte der Dollar mit einem Kursstande von 17 700 gegen Mittag wieder einen neuen Rekord. Ein Ende dieser Bewegung ist noch nicht abzusehen. An der Börse gibt man sich hinsichtlich der Ereignisse in den nächsten Tagen und Wochen den aller schlimmsten Befürchtungen hin. Man rechnet mit schweren internationalen Verwicklungen.

Die Aufwärtsbewegung der Kurse am Effektenmarkt vollzieht sich ohne Rücksicht auf die schwierige Lage der deutschen Industrie. Die Kurssteigerungen sind das einfache rechnerische Ergebnis der Marktentwertung und haben mit der Beurteilung der Aussichten unserer Wirtschaft nichts mehr zu tun. Die Wattersafeln waren heute schon bei Beginn der Börse mit unzähligen Plus-Plus-Zeichen bedeckt, die eine Aufwärtsbewegung ankündigten. Die Umsätze sind jedoch bei weitem nicht mehr so groß wie in der vergangenen Woche. Auf verschiedenen Märkten zeigte sich bereits ein gewisser Stüdemangel, da große Mengen von Wertpapieren in den letzten Wochen in feste Hände übergegangen sind. Die amtliche Dollarkonvertierung überstieg 18 000!

### Die Hoffnung auf Rußland.

In der kritischen Lage in der sich gegenwärtig Deutschland befindet, zeigt sich erneut der unpolitische Sinn und die illusionäre Einstellung breiter Kreise des deutschen Volkes. Es ist nicht nur bezeichnend, daß man sich über die ungeheure wirtschaftliche und politische Tragweite des Konfliktes mit Frankreich keine Rechenschaft abgibt und sich wie in den Jahren des Krieges an patriotischen Phrasen und großen Gesteis berauscht, noch wesentlich ist, daß man sich in denselben unpolitischen Kreisen des Volkes Illusionen hingibt, die in trassem Widerspruch zu der Wirklichkeit stehen.

Eine dieser Illusionen ist die Hoffnung auf Rußland. Wieder, wie zur Zeit des russisch-polnischen Krieges, machen sich Anzeichen einer nationalbolshewistischen Bewegung in Deutschland bemerkbar. Träger dieser Bewegung sind gerade jene Kreise des Bürgertums, die sich sonst mit Hoß und Ingrimm gegen den Sozialismus und Kommunismus wenden. Sie sprechen auch heute verächtlich von den sozialpolitischen Bestrebungen der kommunistischen Partei und der Sowjetregierung. Was sie wollen, ist die militärische Unterstützung, die sie in Sowjetrußland zu finden hoffen. Diese Spekulation, die ebenso verkehrt wie verbrecherisch ist, findet merkwürdigerweise Anklang auch in solchen Kreisen, die mit den reaktionären Zielen der Nationalbolshewisten nichts gemeinsam haben. Man glaubt, wie im Sommer 1920, daß man nur die Hand auszustrecken brauche, um die russische rote Armee und die angeblichen großen Waffenvorräte Sowjetrußlands dem deutschen Volke zur Verfügung zu stellen. Und man vergißt, daß man durch solche Erwartungen nicht nur den Blick von den wirklichen Problemen der Gegenwart ablenkt, sondern auch unermeßlichen politischen Schaden anrichtet.

Genosse Hermann Müller hat in seiner Rede in der Sonnabend Sitzung des Reichstages mit aller gebotenen Schärfe darauf hingewiesen, daß es Pflicht der Regierung sei, den im Auslande auftauchenden Gerüchten von einer militärischen Abmachung zwischen Deutschland und Rußland immer wieder mit aller Energie entgegenzutreten. Doch solche Erklärungen der Regierung genügen nicht. Nicht minder wichtig erscheint es uns, daß jede Gemeinschaft mit nationalbolshewistischen Bestrebungen auf das schärfste zurückgewiesen und jene Illusionen zerstört werden, die in manchen Kreisen des Volkes hinsichtlich der Möglichkeit einer russischen Unterstützung wieder lebendig geworden sind.

Daß diese Illusionen bestehen, ist zu einem nicht geringen Teil Schuld der kommunistischen Partei. Wir glauben nicht, daß die verantwortlichen Kreise dieser Partei bewußt nationalbolshewistische Agitation treiben. Aber ganz abgesehen davon, daß es in den Kreisen der kommunistischen Partei genug Wirrköpfe und Phantasten gibt, die sich über ihre Ziele ebensowenig im klaren sind wie über die Folgen ihrer bedenkenlosen Handlungen, so ist die allgemeine demagogische Einstellung der Partei, die ihr enges Interesse stets höher stellt, als das allgemeine Interesse der Arbeiterbewegung, nur zu sehr geeignet, eine Entwicklung zu fördern, die in ihren Auswirkungen der Arbeiterbewegung den schlimmsten Schaden zufügen muß.

Die kommunistischen Veröffentlichungen in den letzten Tagen erharteten das zur Genüge. Gestern veröffentlichte die „Rote Fahne“ einen Aufruf der kommunistischen Internationale, in dem die deutschen Arbeiter aufgefordert werden, als Antwort auf die Ruhrbesetzung in den Kampf um die Aufrichtung einer Arbeiterregierung einzutreten und die Lösung der Vereinigung mit Sowjetrußland in die Waffen zu tragen. Und heute veröffentlicht dasselbe Blatt den Wortlaut des Protestes des Allrussischen Zentralerekutivkomitees gegen die Ruhrbesetzung, in dem mit besonderem Nachdruck gegen die Vergewaltigung des Rechts des deutschen Volkes auf Unabhängigkeit Einspruch erhoben und vor der Gefahr neuen Blutvergießens, die Europa bedroht, gewarnt wird.

Das deutsche Volk kann mit Benugung die Tatsache verzeichnen, daß die Regierung Sowjetrußlands mit derselben Schärfe und Energie gegen den Gewaltakt und Rechtsbruch des französischen Imperialismus protestiert, wie es die leitenden Körperschaften der englischen, französischen und belgischen Arbeiter tun. Wir wissen auch, daß nicht nur die Sowjetregierung und die in Rußland herrschende kommunistische Partei hinter diesem Protest stehen, sondern daß auch die von den Kommunisten verfolgten und verkehrten sozialistischen Parteien mit der regsten Anteilnahme und Sympathie den zweiseitigen Kampf des deutschen Proletariats gegen die äußere und innere Reaktion verfolgen. Aber zwischen den Kundgebungen internationaler Solidarität der russischen Arbeiter für das deutsche Proletariat und den besonderen Zielen der russischen Staatspolitik, die sich der kommunistischen Internationale nur als Werkzeug bedient, klafft ein Abgrund, über den sich jeder deutsche Arbeiter Rechenschaft ablegen muß, wenn er nicht als Kanonenfutter für Unternehmungen dienen will, die mit den Zielen der sozialistischen Arbeiterbewegung nichts gemeinsam haben.

Gegenwärtig erregt in Frankreich die Veröffentlichung der Thesen und Äußerungen ungeheures Aufsehen, die einer der russischen kommunistischen Führer, Bucharin, auf dem letzten Moskauer Weltkongreß zur Frage der kommunistischen Außenpolitik bekanntgegeben hat. Die deutsche kommunistische Presse hat ihren Lesern diese neuesten Beiträge der kommunistischen Internationale sorgfältig verschwiegen. Sie wußte, weshalb sie es tat. Denn die Thesen Bucharins,



die zwar vom Kongress nicht angenommen wurden, aber von der erweiterten Exekutive im Notfall sofort in Kraft gesetzt werden können, bedeuten nichts anderes als das offene Abschneiden der kommunistischen Internationale in das imperialistische Fahrwasser, da nach diesen Leitfäden Sowjetrußland berechtigt ist, Militärbündnisse mit dieser oder jener bürgerlichen Regierung zu schließen, um mit ihrer Hilfe eine andere Bourgeoisie über den Haufen zu werfen.

Diese Richtlinien kommunistischer Politik bedeuten in der Praxis der Sowjetregierung nichts wesentlich Neues. Die ganze auswärtige Politik der Sowjetregierung ist namentlich in den letzten Jahren von dem Bestreben erfüllt gewesen, durch Bündnisse mit der einen oder anderen bürgerlichen Regierung imperialistische Großmachtspolitik zu treiben. Neu ist lediglich die Tatsache, daß diese Politik zur offiziellen Politik der kommunistischen Internationale gemacht wird, und daß von nun ab die kommunistischen Arbeiter in allen Ländern verpflichtet sind, nach den jeweiligen Direktiven der Moskauer Exekutive den Kriegsbefehlen dieser oder jener bürgerlichen Regierung Folge zu leisten.

Es ist durchaus verständlich, daß die Veröffentlichung dieser Richtlinien im französischen Proletariat eine ungeheure Erregung ausgelöst hat. Um so mehr haben wir deutschen Sozialdemokraten die Pflicht, uns gegen diesen verbrecherischen Unfug zu wenden und die imperialistische Ausartung des Kommunismus vor der gesamten deutschen Arbeiterklasse zu brandmarken. Wir stimmen hier durchaus Ledebour zu, der in seinem „Wort“ mit aller Entschiedenheit den Gedanken bolschewistischer Angriffskriege mit oder ohne bürgerliche Bundesgenossen zurückweist und diesen Methoden gegenüber an die alte Klassenkampfpolitik des internationalen Proletariats erinnert, die heute mehr denn je als Richtschnur des praktischen Handelns der Arbeiter aller Länder dienen muß.

## Regierung und Teuerung.

Zur Rede des Reichswirtschaftsministers Dr. Becker.

Der Reichswirtschaftsminister Dr. Becker hat in seiner gestrigen Rede im Reichswirtschaftsrat erklärt, daß mit einer starken Verteuerung unserer Lebenshaltung für die nächste Zeit zu rechnen sei. Sie ergebe sich zwangsläufig aus der Besetzung des Ruhrgebietes und des Sturzes der Mark, „ohne daß man durch irgendwelche Maßnahmen ihr ernstlich Einhalt tun könnte“. Mit gesellschaftlichen und Verwaltungsmaßnahmen sei leider nicht viel zu machen. Die Beteiligten müßten sich „innerlich darauf einstellen, daß sie nicht aus der Not noch Vorteile ziehen wollen.“

Der Fatalismus, der aus den Worten des Reichswirtschaftsministers spricht, ist ebenso gefährlich, wie sein Appell an die innerliche Einstellung wirkungslos ist. Teilt die Regierung diesen Standpunkt des Reichswirtschaftsministers, so bedeutet das nichts anderes, als daß die Masse der Verbraucher schutzlos den Wirkungen des Markzusammenbruchs ausgeliefert wird. Wir können uns zwar vorstellen, daß die Meinung Dr. Beckers das Ergebnis der einseitig zusammengeführten Beratung mit den Händlerorganisationen ist, die am 13. Januar im Reichswirtschaftsministerium stattgefunden hat. Aber schon in dieser Sitzung haben die Vertreter der Gewerkschaften die gar nicht ablehbaren Gefahren einer solchen Handlungsweise dargelegt. Ohne tief einschneidende Maßnahmen gegen den Egoismus von Erzeugern und Händlern läßt sich die Geschlossenheit des Volkes nicht aufrechterhalten. Kein psychologisch bereits geratete Front ins Schwanken, wenn das Volk sieht, daß sich das Opfer nur auf die Massen bezieht und die Sachwertbesitzer den Vorteil davon haben.

Es geht aber auch nicht an, daß, weil die Franzosen im Ruhrgebiet stehen, nun eine schrankenlose Eindeckung mit Devisen erfolgen darf, die den Sturz der Mark beschleunigt. Der Angabe, daß diese Devisenkäufe für die Eindeckung mit englischen Kohlen benötigt werden, darf

man bei dem Stand unserer Kohlenversorgung und angesichts der sehr geringen bisherigen Bestellungen mit großem Zweifel gegenüberstehen. Deshalb muß die Regierung auch in der Währungsfrage Aktivität entfalten, statt die Dinge nach den Wünschen gewisser Spekulanten treiben zu lassen.

## Die brüchige Bürgerfront.

In der gestrigen Berliner Stadtverordnetenversammlung spielte sich ein höchst charakteristischer Zwischenfall ab. Die bürgerlichen Parteien hatten unter Beteiligung auch der Demokraten und des Zentrums bei der Besetzung des Vorstandes einen Block der bürgerlichen Parteien gebildet, da sie der Sozialdemokratie das Recht auf den Vorsteher streitig machten. Für die Demokraten war Dr. Mayer als Stellvertreter vorgesehen. Nachdem die Kandidaten der Volkspartei und Deutschnationalen gewählt waren, wurden gegen Dr. Mayer 20 deutschnationale Stimmen einem antimilitarischen Kandidaten gegeben. Die Folge dieses „peinlichen Zwischenfalls“ war die Amtsniederlegung des demokratischen Kandidaten. Die Demokraten haben keine Veranlassung, sich über diese antisemitischen Seitenprünge ihrer deutschnationalen Bundesbrüder zu beklagen. Sie haben selbst in ihrer Presse und in der Stadtverordnetenversammlung oft genug den Deutschnationalen bescheinigt, daß ihre Politik eine rein demagogische Agitationspolitik sei und daß ein Zusammenarbeiten mit ihnen an ihrer rein negativen Einstellung scheitern müsse. Die Demokraten werden also letzten Endes nur mit den Ruten gezüchtet, die sie sich selbst geschnitten haben, als sie mit den Deutschnationalen sich auf eine Politik des Bürgerblocks einließen. Vielleicht trägt aber die erteilte antisemitische Ohrfeige dazu bei, die Demokraten doch davon zu überzeugen, daß es für jedermann eine peinliche Sache ist, mit Deutschnationalen in einer Front zu marschieren.

## Hirnpest.

### Völliger Bazillenkrieg.

Die Deutschnationalen sind absolut übergeschnappt. Sie glauben die Stunde zu einer gesteigerten nationalistischen Hege auszuweichen zu können. In der „Staatsbürgerzeitung“ schreibt Herr Rudolf Sebus: „Nicht Trauer, sondern Mut und Empörung, wie Kampfeswille erfüllt die deutschen Herzen... 1813 erwehrt sich die Russen der Franzosenräuber, indem sie Moskau in Brand stecken...“

Da dieses Mittel bei unserer Lage auch nach der Meinung des Herrn Sebus nicht aktuell ist, so empfiehlt er

„Verbreitung von Cholera und Pest. Die Möglichkeit hierzu liegt vor, weil an jeder Universität die Keime dieser Krankheiten in Kulturen gezüchtet werden.“

Seber weiß aus den Erfahrungen des Weltkrieges, wie unschätzbare Waffe in der Hand der Ententeschwinisten und Militaristen die Entgleisungen unserer übergeschnappten Heimkrieger gewesen sind. Auch was dieser ehrenwerte Herr Sebus auf dem geduldben Drudpapier seiner „Staatsbürgerzeitung“ empfiehlt, ist natürlich Wasser auf die Mühlen der reaktionären Kreise im Ententelager, die behaupten, das neue republikanische Deutschland sei nicht anders zu bewerten als das alte wilhelminische. Es ist nicht nur so, wie neulich der „Tag“ schrieb, daß Poincaré die Hoffnung der deutschen Reaktionsäre ist, die deutschen Reaktionsäre sind auch die Hoffnung Poincarés.

## Die gestundete Kohlensteuer.

Im Haushaltsausschuß des Reichstags wurde am Dienstag die Finanzsperre für Kohlensteuer, indirekten Steuern, Zöllen und direkten Steuern gestundet worden und zu welchen Bedingungen diese Stundung erfolgt sei.

Ein Regierungsvertreter erwiderte, daß grundsätzlich ein Aufschub der Kohlensteuer nicht zugelassen worden sei. In den letzten

Monaten sei abweichend von diesem Grundsatz verfahren worden, weil ganz besonders zwingende Gründe dafür vorlagen. Es handle sich dabei um insgesamt 22 Milliarden.

Der Geschäftsführer des Reichskohlenrats führte die wirtschaftlichen Gründe für die Stundung der Kohlensteuer an. Seit Herbst vorigen Jahres sei eine Aenderung der Zahlungstermine eingetreten, die vorübergehend etwa verdoppelte geldliche Anforderungen an flüssigen Mitteln bedeuteten. Auch sei seit Herbst v. J. durch den Sturz der Mark eine riesige Schlechterstellung der Werke in bezug auf die Dedung der Mittel, die zur Aufrechterhaltung des Betriebes nötig seien (Materialkosten), eingetreten, da die Werke Bezahlung für ihre Produktion nach den Zahlungsbedingungen des Syndikats erst regelmäßig sechs Wochen später erhielten. Auch sei die durch die Stundung der Kohlensteuer geschaffene Erleichterung des Bergbaues bei der Preisbildung seitens der Preise kontrollierenden Instanzen zu berücksichtigen.

Abg. Dr. Helfferich (DnL) wies darauf hin, daß die vorgetragenen Erklärungen ein kennzeichnendes Bild auf die großen Schwierigkeiten werfen, unter denen die ganze Kohlenproduktion zu arbeiten habe.

Gen. Dr. Herz (Soz.) erklärte, durch die Auskünfte der Regierung nicht befriedigt zu sein. Er behielt sich weitere Maßnahmen je nach der Stellungnahme seiner Fraktion zu der Angelegenheit vor. Der Kohlenbergbau hätte den Privatkredit oder den Kredit der Reichsbank in Anspruch nehmen müssen. Die Stundung ohne Sicherung gegen den Kurssturz und ohne Zinszahlung sei eine ungeheure Belastung der Kohlenverbraucher und des Reichs zugunsten der Kohlenindustriellen und angesichts der Billionen-Kredite des Reiches kaum zu veranlassen. Daß durch die Stundung der Steuer die Kohlenpreise herabgedrückt worden seien, sei völlig unbewiesen. — Beschlüsse wurden nicht gefaßt.

## Abweisung einer Kontrollkommission.

Stettin, 17. Januar. (TL) Wie die „Diffo-Sig.“ meldet, hatte die Stettiner Interalliierte Kommission für den kommenden Donnerstag eine neue Besichtigung des Hauptverorgungsamtes und des Versorgungsamtes Stettin angesetzt. Auf die Benachrichtigung davon hat der Direktor des Hauptverorgungsamtes folgende Antwort erteilt:

Da ich ohne andere Anweisungen des Ministeriums den Standpunkt vertritt, daß durch die Gewaltmaßnahmen der Franzosen im Westen das Diktat von Versailles beiseite geschoben worden ist, entfällt für mich auch die Grundlage für die Tätigkeit der Interalliierten Kommission. Ich kann daher zurzeit die für den 18. Januar beabsichtigte Besichtigung im Amt oder einer der mir unterstellten Ämter nicht gestatten.

Die Reichsregierung hat erklärt, daß sie stets bereit sei, mit der Gesamtenheit, zu der ja auch England gehört, zu verhandeln. Die Erklärung des Direktors in Stettin scheint uns mindestens eine vorläufige Eigenmächtigkeit zu sein.

## Niederschönenfeld.

### Landtagstag, Hagemeister gestorben.

Bisher sind alle Versuche, die Opfer der bayerischen Sondergerichte zu befreien, vergeblich gewesen. Jetzt ist einer der in Niederschönenfeld Inhaftierten gestorben. Um so dringlicher muß die Forderung nach Amnestie der aus politischen Gründen Verurteilten, die in ganz Deutschland freigelassen sind, jetzt auch für Bayern erhoben werden. Wolffs Bureau meldet: Der kommunistische Abg. Hagemeister ist in der Festungsstrafanstalt Niederschönenfeld an einem Herzleiden gestorben. Hagemeister war wegen hochverräterischer Bestrebungen zu längerer Festungshaft verurteilt worden und hätte noch etwa zehn Jahre zu verbüßen gehabt. Der Nachfolger Hagemeisters im Landtag ist der Stimmzettel nach der Monteur Gar-München.

Zum Reichspressechef ist Geheimrat Heilborn ernannt worden. Geheimrat Heilborn hat diesen Posten bekanntlich schon unter dem bürgerlichen Kabinett Fehrenbach-Simon innegehabt.

Kommunistenverhaftungen in Belgien. Die serbische Regierung ließ 12 Kommunisten, darunter 2 Abgeordnete und 5 Journalisten, verhaften.

## Kohlenstädte.

Bochum. Eine Stadt der Arbeit. In der Altstadt schmale, krumme, kurze und winklige Straßen; seitwärts zum Teil noch winzige Gäßchen; längere, gerade und durchgehende Straßenzüge führen meist hoch hinaus in die Außenbezirke oder die Vororte, die heute sämtlich eingemeindet sind. Denn wenn Bochum auch eine Großstadt von mehr als einer Viertelmillion Einwohnern ist, eine Großstadt, deren Rhythmus verläuft — lange ist es noch nicht her, daß die jetzt zweitgrößte Stadt Westfalens zu den Großstädten zählt. Noch an der Jahrhundertwende hatte Bochum nicht mehr als 65 000 Seelen, und man merkte es der engen Altstadt an, daß sie für ungleich kleinere, bescheidenere Verhältnisse zugeschnitten war.

Nicht nur die schwarzen Diamanten unter der Erde haben Bochum groß und reich gemacht; auch Eisen und Stahl haben, wie in Essen, der Stadt ihre Impulse gegeben. Man braucht nur an den Bochumer Verein zu denken, einen der größten Bergbau- und Hüttenunternehmungen des Ruhrreviers, der im nächsten Jahre den höchsten Geburtstagsfeier begehen kann. Rings um die Stadt rauchen hohe Schloten, dröhnen Maschinen, kommen Feuer, drehen sich auf den Fördertürmen die Seilschrauben. Arbeit, schwere Arbeit, wohnt man hier. Heere von Arbeitern, die beim Schichtwechsel durch die Werkstore fluten; dichtgedrängte Scharen von Menschen in den Hauptverkehrsstraßen der Altstadt. Es wird Geld verdient in Bochum wie in allen diesen Industriestädten. So mancher Kaufmann, der zu Beginn der neunziger Jahre jung einen kleinen Laden auftrat, konnte sich mit 40 Jahren zur Ruhe setzen und seinem Nachfolger ein prächtiges modernes Kaufhaus übergeben.

Wie sieht eine Stadt wie Bochum aus? Man glaube nicht, ihren Reizen mit den üblichen Begriffen von „schön“ oder „häßlich“ bestimmen zu können. Im Grunde ist Bochum weder häßlich noch schön; es ist nüchtern, zweckmäßig — es ist, wenn man will, imposant. Und deshalb ist die Stadt gewiß nicht weniger lebenswert als so manche alte, verträumte, mit mittelalterlichen Giebelhäusern reich verzierte Stadt in weniger ruhigen Gauen des deutschen Vaterlandes. So, wie Bochum, sind jene amerikanischen Großstädte, die innerhalb weniger Jahrzehnte aus dem Nichts emporgewachsen sind.

Gesellschaft. Noch dichter der Ruf und Rauch, der über dem ganzen Industriegebiet liegt, noch laubiger die Straßen im heißen Sommer, noch schwämmiger in der winterlichen Regenzeit. Noch primitiver das Stadtbild, dem man es ansieht, wie wenig Gesellschaften je daran gedacht hat, einmal ein Gemeinwesen mit rund 200 000 Bewohnern zu werden. Erst im Jahre 1875 hat es die Stadtrechte erlangt, nachdem 20 Jahre zuvor in dieser Gegend der Kohlenbergbau begonnen hatte, der im Laufe der Zeit gerade in diesem Distrikt seine höchste Entwicklung nehmen sollte. Gesellschaften sind nur und nicht anders als Kohlenstadt; nur eine einzige, nicht mehr als fünf Minuten Fußweg lange Straße wird großstädtlich. Es ist die Bahnhofstraße, der Mittelpunkt des geschäftlichen Lebens und des Verkehrs in diesem weit auseinander gezogenen Gemeinwesen, in dem der Kern weitaus am kleinsten ist, und die große

Mehrzahl der Bewohner ihre Behausung draußen in den Vororten hat, die sich zwischen den Zechen in das hier schon ganz flache Land hinaus erstrecken.

Ohne die Straßenbahn wäre das Verkehrsleben in diesem ganzen Bezirk nicht denkbar. Innerhalb der Städte selbst braucht man sie kaum. Aber die Vororte ziehen sich, einzeln alles sogenannte Reihendörfer, weit hinaus ins Land, und die Städte selbst liegen so dicht im Raume, sie hängen wirtschaftlich dabei alle so eng zusammen, daß die Eisenbahn dem Verkehrsbedürfnis gar nicht Genüge leisten kann. Wenige Kilometer nur trennen Gelsenkirchen von Bochum; aber mit der Bahn kann man nicht hinfahren. Diesen natürlichen Verkehrsweg benützt nur, wer schweres und umfangreiches Gepäck zu expedieren hat. Jeder andere fährt mit der Elektrischen von Bochum nach Gelsenkirchen.

Wollte jemand die Sebenswürdigkeiten Gelsenkirchens besichtigen, er brauchte gar nicht erst anzufangen. Es gibt keine pompösen Gebäude; es gibt kein Theater und kein Museum; es gibt kaum eine Straße mit eleganten Wohnhäusern; denn die reichen Zechenbesitzer und Grubendirektoren haben ihre Villen und Gärten hinter hohen Mauern vor neugierigen Blicken verborgen. Gelsenkirchen hat überhaupt nicht das, was man städtische Einrichtungen nennt. Die Krankenhäuser sind von den Kirchengemeinden geschaffen und unterhalten; Straßenbahn, Gas, Wasser und Elektrizität sind in den Händen von Aktiengesellschaften. Nach dem Kriege hat die Stadt zwar eine Volkshochschule errichtet; aber es geht ihr schlecht. Das Gelsenkirchen hat, das ist der Boden, auf dem es steht, der Boden rings um die Stadt, der aus Milliarden Schöhen an Kohlen besteht.

Kein Frauenbart mehr! Bisher wurde die Behandlung des Frauenbartes und anderer emittierender Haare mit Hilfe der Elektrolyse durchgeführt, wobei jede einzelne Haarwurzel abgetötet werden muß und nicht nur sehr viel Geduld erforderlich ist, sondern auch das Ertragen großer Schmerzen. Außerdem führt diese Behandlung nur in seltenen Fällen zum Ziel. Wie in der „Umschau“ berichtet wird, hat nun Dr. Fritz R. Meyer die harten Strahlen, die aus der Röntgenröhre austreten und stärker als die mittelweichen Röntgenstrahlen auf die tierische und pflanzliche Zelle einwirken, nach achtjährigen Versuchen mit Erfolg dazu verwendet, den Frauenbart vollständig und sicher zu beseitigen. Die Patientin muß allerdings die behaarten Hautstellen dreimal in bestimmten Zeiträumen behandeln lassen, und auch dann ist bisweilen noch weitere Bestrahlung nötig, ebenfalls aber ist hier der Frauenwelt ein Mittel an die Hand gegeben, diese Verunstaltungen los zu werden.

Deutsche Bücherproduktion im ersten Halbjahre 1922. Die neueste Statistik über die deutsche Büchererzeugung, die Ludwig Schönrod im „Börsenblatt für den Deutschen Buchhandel“ veröffentlicht und die vom Januar bis zum Juni 1922 reicht, zeigt ein weiteres Umschwellen der literarischen Produktion. Die Summe aller registrierten Veröffentlichungen beläuft sich auf 18 332. Davon hat die größte Ziffer an Neuerscheinungen die Gruppe schöne Literatur, nämlich 2855; dann folgt die Gruppe Rechts- und Staats-

wissenschaft, Politik, Volkswirtschaft, Statistik mit 2371. Auf dem Gebiete von Handel und Verkehr sind 1664 Neuerscheinungen gezählt. Die Gruppe Erziehung und Unterricht, Jugendbewegung, Schulbücher umfaßt 1592 Neuerscheinungen. Religionswissenschaft, Theologie, Mythologie stehen mit 1403 Nummern an fünfter Stelle. In der Gruppe, die Werke allgemeinen Inhalts umfaßt, werden 1012 Neuerscheinungen gezählt. Auf dem Gebiete der Kunst und des Kunstgewerbes, von Musik, Theater, Tanz, Kino sind 921 Neuerscheinungen gebucht. Von ausfalligen Einzelheiten gibt der Bearbeiter an, daß die erbauliche Literatur, die der Gemeinschaftsbewegung dienen will, stärker als sonst hervortritt; ebenso wurden Veröffentlichungen über Themen, die die innen- und außenpolitische Lage bessern helfen sollen, häufiger als früher gezählt. Die Broschüren und andere schmale Bändchen haben ein großes Uebergewicht über dieleibige Werke erreicht. Während die Zahl der Neuerscheinungen zugenommen hat, darf angenommen werden, daß die Auflagenhöhe der einzelnen Erscheinungen, gemessen an der Vorkriegszeit, bedeutend zusammengeschrumpft ist.

Die Berliner Bühnen am Trauertag. Bekanntlich hat eine ganze Anzahl Berliner Bühnen, vor allem die Operetten-theater, sich nicht an die ausgeübene Parole gehalten und am Sonntag Stücke zur Aufführung gebracht, die in keiner Weise der Stimmung des Tages entsprechen. Wie wir hören, wird sich die am kommenden Sonnabend stattfindende Versammlung der Bühnengewerkschaften mit dem Vorgehen der in Frage kommenden Direktoren beschäftigen.

Amerikanische Gabe für die deutsche Wissenschaft. Die Rockefeller-Stiftung hat den nach dem letzten Weltkriege vierten Betrag von 30000 Dollar der deutschen Geisteswelt — hauptsächlich für naturwissenschaftliche Forschungen — zur Verfügung gestellt. Zur Förderung des Seegelfisches. Am 21. April im „Mariner“ ein allgemeinerwähliger Vortrag des Geschäftsführers der Wissenschaftlichen Gesellschaft für Ostasien, Hauptmann A. D. Krupp, über das „Problem des Seegelfisches“. Ratt. Die Ränge in der Abwehr werden im Lichtbild und Film vorgeführt. Der Betrag der Einnahmen wird für die Zwecke des Seegelfisches 1923 verwendet.

Gehung eines deutschen Gelehrten in Mexiko. Das Nationalmuseum für Archäologie, Geschichte und Völkerkunde in Mexiko hat an die Deutsche Gesandtschaft ein Schreiben gerichtet, worin der Tod des berühmten deutschen Gelehrten Eduard Seler, den sie mit Erlaubnis zu ihren Ehrenamtlichen zählte, beklagt. Das Museum wurde ihm zu Ehren am drei Tage geschlossen.

Guanarod eines russischen Schriftstellers. Der bekannte russische Schriftsteller N. S. Radneshil, dessen Stück „Die Kinder Raminichin“ in allen europäischen Hauptstädten mit Erfolg aufgeführt wurde, ist in Jalla an Hunger und Unbehagen gestorben. Er hat bereits vor einiger Zeit alle schriftstellerischen Arbeiten aufgeben müssen, um eine bedauerliche Stelle, welche ihm die Gemeindefürsorge anbot, anzunehmen.

Für die neue Ausstellung der Freien Sezession. Die diesmal in den Räumen der Galerie Luz veranstaltet wird, haben die Kurierungsarbeiten begonnen. Es ist die erste Ausstellung, die die Vereinigung nach mehr als einjähriger Pause mit ihrem neuen Vorstände unter Leitung Max Peckstein zeigt. Sie soll einen Ueberblick über das Schaffen der zeitgenössischen deutschen Kunst geben, wie es durch die Künstler des Kreises der alten Sezession am Riechermann vertreten wird.



# England prophezeit Frankreichs Niederlage.

London, 17. Januar. (W.B.) Die Besetzung Dortmunds durch die Franzosen und der heulige Sturz der Mark wird in der Presse lebhaft besprochen. Die Blätter heben hervor, daß nach britischer Ansicht die Ereignisse im Ruhrgebiet auf eine Katastrophe hinführen.

„Wall Mall and Globe“ zufolge ruft die Lage im Ruhrgebiet immer größere Besorgnisse hervor. In amtlichen Kreisen sei man der Ueberzeugung, daß der Vormarsch der Franzosen zur Katastrophe führe. Die britische Regierung sei noch nicht bereit, eine endgültige Aktion zu unternehmen, aber die Ansicht gewinne ständig an Boden, daß eine solche Aktion nicht mehr lange verschoben werden könne, wenn nicht eine durchgreifende Aenderung in der Gesamtlage eintrete. Sonar Law besaße sich fast ununterbrochen mit der Lage. Es werde ernstlich bezweifelt, ob Frankreich eine erniedrigende Niederlage seiner Politik vermeiden könne.

„Evening Standard“ schreibt über das Vordringen der Franzosen, es handle sich um eine Probe der Ausdauer. Frankreich müsse sich bei jedem Schritt fragen, ob der nächste Schritt der Würde wert sei. Es könne nicht mehr zurück. Jeder Regung des Widerstandes aus Seiten Deutschlands müsse mit einer Gegenbewegung entgegengetreten werden. Jede Gegenbewegung müsse zu neuen Schwierigkeiten führen, und das Maß des Schadens müsse wohl einen Umfang annehmen, der außerhalb der Wirtschaftsfähigkeit Frankreichs liege, vielleicht sogar außerhalb seiner militärischen Stärke.

„Manchester Guardian“ schreibt, für den Augenblick seien nicht viel Anzeichen dafür vorhanden, daß unter den deutschen Großindustriellen Furcht herrsche, und für eine Schwächung in der Haltung der deutschen Regierung lägen überhaupt keine Anzeichen vor. Tatsächlich zeige die deutsche Regierung eine beispiellose Flexibilität, zu antworten.

London, 17. Januar. (W.B.) Der Berliner Berichterstatter der „Times“ schreibt, es beständen Anzeichen dafür, daß in Deutschland die Politik eines passiven Widerstandes, wenigstens für den Augenblick, stärker sei als die Politik der Verhandlungen mit der Entente als Ganzem. Selbst die Sozialisten erklärten, daß das Frankreich Poincarés nirgends geschlossener Gegner habe als unter den deutschen Arbeitern und daß es sich nur um die Frage handle, ob angesichts der Not, die unermeldlich für das deutsche Volk kommen müsse, die deutsche Republik auszuhalten könne, bis in Frankreich ein Regierungswechsel stattfinde und bis ein von Seiten Großbritanniens und Amerikas ausgeübter Druck eine Wandlung zum Besseren zustande bringen könne.

## Die Boulevardpresse wird nervös.

Paris, 17. Januar. (Eca.) Die französische öffentliche Meinung ist noch nicht davon überzeugt, daß die persönlichen Zwangsmaßnahmen, die in der Industrie der Ruhr angeordnet worden sind, zum Ziele führen werden, und daß auf diese Weise und durch dieses Vorgehen Kohlenlieferungen an Frankreich und Belgien nunmehr sichergestellt würden. Das „Petit Journal“ bedauert, daß die Drohung sich an die Direktoren der Gruben und nicht an die eigentlichen Zeichenbesitzer wendet. Die Drohung wäre wirksamer gewesen, wenn Stinnes, von Haniel, Röding und Kirdorf persönlich getroffen wären.

Daß Frankreich nunmehr bereit ist, seine letzte Karte auf den Tisch zu werfen und mit allen Mitteln vorzugehen, wie die nationalpolitischen Teile es bereits seit längerer Zeit verlangen, sieht man aus einem Artikel, den Verlinag im „Capo de Paris“ veröffentlicht und in dem es heißt, es sei eine bedeutende Partie, die jetzt gespielt wird. Niemand hat sich jemals Illusionen hingegab. Was wir jetzt vorhaben, ist

## Sowohl diplomatisch als auch wirtschaftlich ein Verdun.

Längere Zeit wird notwendig sein, bevor das Resultat erkennbar wird. In diesem neuen Kampfe müssen wir schließlich den Sieg davontragen, denn wir verfügen über eine Macht, die das ganze deutsche Volk zu Unglück und Hunger verurteilen kann.

Paris, 17. Januar. (Eca.) Gegen die französisch-belgische Aktion macht sich in der französischen Presse selbst immer mehr Widerstand bemerkbar. Der heutige Vortragsartikel des „Deure“ beschäftigt sich in ironischer Weise mit der gestrigen Forderung des „Temps“, Frankreich müsse immer geradeaus marschieren. Bis wohin, fragt der „Deure“? Bis nach Berlin antwortet der „Bühnenjunge“ (gemeint ist Léon Daudet, Red.), der die Republik zum Abgrund führt. Nur bis nach Berlin? Das genügt doch wohl nicht. Die französische Expedition müsse doch wohl mindestens bis Mostau gehen. Das gleiche Blatt teilt mit, daß eine der wohlhabendsten Persönlichkeiten nunmehr klar erklärt habe, das ganze Vorgehen im Ruhrgebiet sei doch eine Sanktion; es habe also den Sinn gehabt, Deutschland zu einer direkten Aussprache unter anderen Bedingungen zu zwingen. Diese direkte Aussprache sei jedoch bei dem augenblicklichen Stand der Dinge zwischen Frankreich und Deutschland nicht möglich.

Paris, 17. Januar. (W.B.) Loucheur gibt in einem Interview, das er dem Pariser Vertreter des „Manchester Guardian“ gewährt hat, die Möglichkeit eines Misserfolges der französischen Aktion im Ruhrgebiet zu. Auch der „Temps“ steht sich genötigt, das Publikum zu warnen, sich durch die Schwierigkeiten, auf die die französische Aktion gestoßen sei, entmutigen zu lassen. Frankreich habe jetzt eine Periode der Klippen und Hindernisse zu überwinden. Es könne nur zum Ziel gelangen, wenn es gerade vorwärts schreite, ohne sich durch Hindernisse von seinem Wege ablenken zu lassen.

## Devisenkurse.

	17. Januar		18. Januar	
	Käufer (Geld-) Kurs	Verkäufer (Brief-) Kurs	Käufer (Geld-) Kurs	Verkäufer (Brief-) Kurs
1 holländischer Gulden . . . . .	7221.00	7258.10	6483.87	6486.18
1 argentinische Papier-Peso . . . . .	6807.28	6842.03	6034.87	6035.18
1 belgischer Franc . . . . .	1122.18	1127.82	1014.97	1020.08
1 norwegische Krone . . . . .	8251.60	8338.40	2892.78	2907.28
1 dänische Krone . . . . .	8581.02	8598.98	3167.06	3182.94
1 schwedische Krone . . . . .	4887.75	4912.25	4880. —	4411. —
1 japanische Yen . . . . .	451.86	454.16	410.97	418.08
1 japanische Yen . . . . .	8778. —	8822. —	7890.25	7919.75
1 italienische Lire . . . . .	882.78	887.22	798. —	802. —
1 Pfund Sterling . . . . .	8478.50	85219.50	7581.25	7588.75
1 Dollar . . . . .	18154.50	18245.50	16698.37	16991.63
1 schweizer Franc . . . . .	1296.91	1243.06	1107.29	1112.78
1 brasilianischer Milreis . . . . .	2034.90	2045.10	1895.20	1904.75
1 Schweizer Franc . . . . .	3421.42	3438.58	3117.18	3182.82
1 spanische Pesta . . . . .	2532.90	2617.10	2583.62	2596.48
100 österr. Kronen (abzgl.) . . . . .	—	—	22.94	23.06
1 türkische Krone . . . . .	—	—	458.85	461.15
1 ungarische Krone . . . . .	—	—	6.88	6.42
1 bulgarische Lewa . . . . .	—	—	109.72	110.28
1 jugoslawischer Dinar . . . . .	—	—	161.59	162.41

# Roheit!

Man hört und sieht, daß Diebe die Deckel von den Eulys stehlen, so daß Menschen, die der Weg in der Dunkelheit über die Straßen führt, Gefahr laufen, in den Kanalisationsgräben zu fallen und sich Arm und Bein zu brechen. Man hört davon, doch das Wundern darüber hat man verlernt. Man erzählt, daß unlängst gegen Abend der Telefonbetrieb beim Amt Stieglitz für lange Stunden unterbrochen war, weil Diebe ein Stück Kabel gestohlen hatten. Die Menschen verbarrikadieren sich zur Nachtzeit in ihren Wohnungen wie in einer Festung. Sicherheitswächter fehlen an keiner Tür, die außerdem mit Eisenblech beschlagen ist, und geladene Revolver werden in diesen Wohnungen zum Empfang der Eindringler bereit gehalten. Kein Mensch verliert über alle diese traurigen und trostlosen Dinge überhaupt noch ein Wort, sondern man nimmt alles dies mit gleichgültigen Gebärden hin. In den Häusern werden Türschlösser und Messinghaken abgeschraubt und die Hähne der Wasserleitung auf den Höfen gestohlen. Manche Wagen der Stadt- und Ringbahn sehen, wenn sie abends in das Depot oder zur Endstation kommen, gerade so aus, als ob sie im Krieg gemessen wären. Sie bluten gewissermaßen aus tausend Wunden, und fast alle Einzelteile an Türen und Fenstern sind gestohlen. Die Diebe denken nicht daran, daß sie dadurch Menschenleben in die größte Gefahr bringen. Beim eiligen Einsteigen in ein Abteil in später Abendstunden kann man leicht übersehen, daß Diebe das innere Schloß von der Tür abgeschraubt haben, so daß man auf die Geleise stürzen und von einem Zug aus der Gegenrichtung überfahren werden kann, wenn man sich gegen die Tür mit dem Rücken lehnt. Ein Kopfschütteln, ein Achselzucken ist alles, was man in den meisten Fällen für diese Roheiten aufbringt.

Aber dann hört man etwas, was einen doch wieder zur heißen Empörung hochreißt, erzählt man von einer Tat, so roh, daß sie die größte Gemeinheit noch überbietet. Aus einer Gemeinde Schule haben unlängst in zwei aufeinanderfolgenden Nächten Diebe 60 Büchsen kondensierter Milch gestohlen, die für arme, franke und unterernährte Kinder bestimmt waren und aus der Anstalt für Kinder im Alter von vier bis sechs Jahren Rohheit steht der Anstalt raitos da. Es ist ihm, als ob sich ein Abgrund öffnet, der ihn verschlingt!

## Die Kohlenlage in Berlin.

### Kein Grund zur Beunruhigung.

Die Beschlagnahme aller Steinkohlenvorräte in Berlin durch die Kohlenwirtschaftsstelle, die lediglich eine Vorsichtsmaßnahme darstellt, hat vielfach zu übertriebenen Gerüchten über eine bedrohliche Lage der Berliner Kohlenversorgung Anlaß gegeben. Von zuständigen Stellen wird erklärt, daß Grund zu Besorgnissen im Augenblick nicht besteht. Die Elektrizitätswerke und die der Gasbetriebsgesellschaft gehörenden Gasanstalten sind im Durchschnitt noch für mehrere Wochen mit Vorräten versorgt, nicht so günstig steht es dagegen mit den städtischen Gaswerken, die zurzeit nur Kohlenvorräte für zirka eine Woche besitzen. Beforgnisregend ist dieser Zustand aber keineswegs, da es Monate gegeben hat, in denen die Vorräte der Werke noch viel geringer waren, ohne daß sich deshalb eine Störung der Gasversorgung ergeben hätte. Die Verladungen von Steinkohle nach Berlin und dem Reich überhaupt werden bisher im Ruhrrevier noch ungehindert durchgeführt. Die Franzosen beschränken sich bisher auf die Kontrolle der das Ruhrgebiet verlassenden Kohlenzüge, haben aber bis zur Stunde noch keinen Einspruch gegen die Transporte erhoben. Allerdings ist die Förderung in den letzten Tagen durch die unter den Beschlagnahmen hervorgerufene Unruhe etwas zurückgegangen, auch die Abwicklung der Transporte hat naturgemäß unter der Behinderung durch die zahlreichen französischen Militärzüge etwas gelitten. Im großen und ganzen ist die Kohlenbelieferung jedoch bisher noch normal.

## Ein Markenbrot 582 Mark.

Das Ernährungsamt teilt mit: Die Erhöhung des Kohlenpreises, die zu Anfang der laufenden Woche in Kraft getreten ist, macht die Heraushebung des Preises für Kommunalbrot auf 582 M. vom Beginn der nächsten Woche ab erforderlich. Der Preis der Kommunalschrippe bleibt unverändert.

## Prozeß Reiser.

### Ein Sensationszeuge.

In der heutigen Vormittagsverhandlung gegen die Angeklagte Spanier und ihre beiden Mitangeklagten plägte in die ruhige Zeugenvernehmung eine kleine Bombe hinein. Es meldete sich plötzlich der Zeuge Bosh, den die Staatsanwaltschaft im Ermittlungsverfahren auf keine Weise ausfindig zu machen vermochte. Bosh war die an den Verteidiger Rechtsanwalt Bahn und bat ihn, ihm Zutritt zum Verhandlungssaal zu verschaffen, damit er sich die Angeklagten ansehen könne. Er habe Interesse an der Sache; er müsse aber am Donnerstag von Berlin fortfahren. Als der Zeuge die Angeklagten sah, sagte er sofort, daß Passarge für die Täterschaft in Frage komme. In einer Vernehmung gab er an, daß in der Nacht vor dem Reiser'schen Hause in der Stieglitz Straße eine Droßke angekommen sei, aus der noch im Fahrten ein junger Mann abgesprungen sei, den er heute als Passarge wiederzuerkennen glaube. Dieser junge Mann, der einen Regenmantel und einen weichen Hut getragen habe, habe einer jungen blonden Dame mit krepierendem Hut (diese Beschreibung paßt auf die von der Staatsanwaltschaft gegebene) aus der Droßke gehoben, dann wurde der Reiser abgeholt und die Droßke fuhr langsam um die Ecke und hielt dort. Nach etwa einer Stunde sei das Paar mit einem großen Paket wieder aus dem Hause gekommen und wieder in einer Droßke fortgefahren. Im scharfen Verhör, in das ihn Rechtsanwalt Frey nahm, gab Bosh zu, daß er den Passarge nicht mit absoluter Sicherheit identifizieren könne. Rechtsanwalt Frey stellte darauf hin erneut Beweisanträge, u. a. den, daß B. zu jener Zeit weder einen weichen Hut noch einen Gummimantel besessen habe. Als Grund für sein Erscheinen vor Gericht gab der Zeuge Bosh an, daß er dieser Tage erst nach Berlin gekommen sei und zu seinem Erscheinen von dem Prozeß Spanier gelesen habe. Er sei nach den damals geführten Unterhaltungen immer der Ansicht gewesen, daß der jetzt als Zeuge vor Gericht erscheinende Stanzel der Täter sei. Rechtsanwalt Bahn unterstützte dann die Beweisanträge des Rechtsanwalts Frey gegen die Ablehnung durch Staatsanwalt Ortman, der auf den Zeugen Bosh, trotzdem er ein Belastungszeuge sei, kein Gewicht lege, weil er in seiner Aussage gewisse Widersprüche einsehen zu können glaube. Die weitere Vernehmung des Zeugen Bosh wird daraufhin bis nach der Mittagspause ausgesetzt. Die Beweisaufnahme nimmt ihren Fortgang.

## Perfianer mit Stunks.

Im Dezember 1920 wurde einer Frau R. aus der Leipziger Straße ein Perfianermantel mit Stunksbefehl im Werte von 2 Millionen Mark gestohlen. Am 24. Dezember 1922 nahm nun die Bestohlene an der Hochzeitsfeier ihres Bruders in einem Lokal in der Kaiser-Wilhelm-Straße teil. Da erschien bei der Hochzeitsgesellschaft eine Frau W. aus der Kaiser-Wilhelm-Straße, die Frau eines früheren Rabbiners, der jetzt Handelssekretär betreibt. Sie trug einen kostbaren Perfianermantel mit Stunksbefehl, der Frau R. sofort auffiel und in dem sie bestimmt ihren gestohlenen Mantel zu sehen glaube. Als Frau R. der Frau W. ihren Ver-

dacht mitteilte, bat Frau W. ihr doch den Mantel vorläufig zu lassen, damit sie nicht blamiert werde. Die Bestohlene tat das dann auch, um ihren Mantel später abzuholen. Sept kam sie aber schlecht an. Frau W. verzweigte die Herausgabe und behauptete, ihr Mann habe den Mantel in Wien in der Südbengasse gekauft. Nunmehr wurde das Kleidungsstück einem Schneidemeister in der Kanisstraße vorgelegt, bei dem Frau R. vor zwei Jahren ihren Mantel hatte machen lassen. Der Meister untersuchte den Mantel ganz genau und erkannte ihn an verschiedenen Merkmalen als sein Werkstück wieder. Auch der Besizer, der seinerzeit daran gearbeitet hatte, bestätigte die Untersuchung. Der Mantel wurde daraufhin beschlagnahmt, zumal da die Eheleute W. in ihren Angaben nicht übereinstimmen.

## Die Kopfsteuer genehmigt.

Die von der Stadtverordnetenversammlung für das zweite Halbjahr des Etatsjahres 1922/23 beschlossene Kopfsteuer, die als eine Ergänzung der Gewerbesteuer aufgeführt wurde, ist jetzt von den Aufsichtsbehörden endlich genehmigt. Es ist mit ziemlicher Sicherheit damit zu rechnen, daß anlässlich der Beratung der bekannten Rumpf-Williarden-Vorlage für Krankenhäuser und Wohlfahrtsvereine eine wesentliche Erhöhung der damals im September festgesetzten Steuer sätze vorgenommen wird. Es muß bei dieser Gelegenheit nachdrücklich darauf hingewiesen werden, daß durch die schleppende Ausführung des Aufsichtsrates durch die Ministerial- und Oberpräsidialbehörden die Interessen der Stadt aufs schwerste geschädigt werden. Wenn in irgendeinem der zahllosen deutschen Nationalen Bürgenbüchlein irgendeine neue Erfindung über „städtische Wirtschaft“ zum besten gegeben wird, dann sehen sich am nächsten Tage die Ausschreibungsbehörden sämtlicher kgl. preussischen Ministerien in Bewegung und veranlassen „dringende Anfragen“ mit „betrifftester“ Aufforderung zur „Rückführung“.

Auf diese Weise wird für Beschäftigung in den hohen Staatsbehörden wechselfällig geforrt. Büchlein aber die Gemeinden, um ihre Arbeit zu fördern, die Beschleunigung irgendeiner Genehmigung, dann gehen Wochen ins Land. Die Reize von einem Zimmer zum anderen, von einem Geheimrat zum anderen ist eben ein komplizierter und schweres Unternehmen. Daß dieser Betrieb auf Kosten der Steuerzahler geht, das braucht die Herren ja nicht zu kümmern. Bei der neuen Beratung der preussischen Gemeindeordnung muß entschieden dafür geforrt werden, daß dieser Bummel ganz energisch ein Riegel vorgeschoben wird.

Schreibmaschinendiebstähle en gros. Große Beutezüge machten in der vergangenen Nacht die Schreibmaschinendiebe. In der Königin-Augusta-Straße 14 stahlen sie aus den Büros des Justizrats Samter 11 Maschinen im Werte von mehr als 11,000 M. In der Korfbildungschule in der Gubener Str. 59 alle 18 Schreibmaschinen, die dort für den Unterricht benutzt wurden.

Gefohlene Telegraphenstange. Was ist vor den Sänglern noch sicher? In Johannisthal stahlen zwei Jugendliche den größten Teil einer Telegraphenstange ab, zerhackten ihn gleich an Ort und Stelle und füllten mit dem Holz die mitgebrachten Säcke. Die Diebe wurden gefasst und der Kriminalpolizei übergeben.

Museumsführungen. Sonntag, den 21. Januar, 9½ Uhr vorm., finden wissenschaftliche Führungen durch Direktorialbeamte im Kaiser-Friedrich-Museum (Venezianische Malerei), im Neuen Museum (Vasensammlung) und im alten Kunstmuseum (Die Vorzeit Europas) statt. Eintrittskarten zu 1 M. und Programme zu 2 M. sind vor Beginn der Führungen am Eingang der genannten Museen erhältlich.

Zum Besten der Jugendwohlfahrtsvereine im Bezirk Treptow fand in der Aula des Realgymnasiums Treptow ein vom Bürgermeister des Bezirks veranstalteter Abend vor einer zahlreichen Zuhörerschaft statt. Frau Reichspräsident Ebert und Ministerialrat Dr. Döhle, in Vertretung des Reichspräsidenten, nahmen gleichfalls an der Veranstaltung teil. Die Darbietungen des Abends wurden bestritten vom Ebert-Rams-Quartett und dem Organisten Rudi Rosenbauer. In Formosaenderer Weise brachte das Quartett in einer gut zusammengefügten Folge Kompositionen ersten und höheren Inhalts zum Vortrage, so daß ihnen allgemeines Lob wurde. — Mit einer Beihilfe des Reichspräsidenten im Betrage von 50 000 Mark hatte die Veranstaltung ein finanzielles Ergebnis von zirka 100 000 Mark.

Eine Gruppe Lehrer der jüdischen Volksschulen des Ostend mit jiddischer Unterrichtsprache beantragt mit Hilfe des Bundes unterschiedener Schulreformer einen Vortragstag über Fragen der neuzeitlichen Pädagogik. Den ersten Vortrag hält Prof. Dohrenschütz am Mittwoch, den 17. Januar, 8 Uhr abends, im Tunnellsaal der Sophienstraße 18/19. Lehrer, die sich der Gruppe anschließen wollen, werden gebeten, sich eine halbe Stunde vor Vortragbeginn einzufinden.

Zugzusammenstoß in Frankreich. Kurz vor 2 Uhr morgens ist der Ervzug von Rantes auf einen anderen Zug auf dem Bahnhof in Tour aufgefahren. Neun Passagiere wurden zum Teil schwer verletzt.

Mit hundertdreißig Jahren lebensmüde. Eine 103 Jahre alte Frau namens Elena Joannovitz in Temesvar (Ungarn) machte ihrem Leben gewalttätig ein Ende, weil sie — des Lebens überdrüssig war. Sie hatte 13 Kinder und 20 Enkelkinder gehabt, die alle vor ihr dahingegangen waren. Ihr Vater war 102, ihre Mutter 105 Jahre alt geworden. Am Tage des Selbstmordes stand sie wie immer um 6 Uhr morgens auf, kleidete sich vollständig weis an, schlug einen Nagel in die Wand und erhängte sich.

Deutscher Schiffsverkehr nach Amerika. Der Norddeutsche Lloyd nimmt nunmehr auch den Dienst auf den früheren Linien nach Philadelphia und Baltimore auf. Als erstes Schiff dieser Linie wird am 7. März der neuverbaute Dampfer Borta (6500 Tonnen Tragfähigkeit) von Bremen abgefertigt. In drei Wochen Abstand werden die Dampfer Eisenach und Hameln folgen. Dann wird der Dienst regelmäßig auf Grund eines achtzehntägigen Fahrplanes durchgeführt. Die Dampfer Borta und Eisenach befördern auch eine Anzahl Kautentfahrende.

## Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend. Ein wenig wärmer, veränderlich, aber insgesamt demäßig und etwas neblig mit geringen Niederschlägen und mäßigen westlichen bis nordwestlichen Winden.

## Groß-Berliner Parteinachrichten.

7. Kreis, Charlottenburg. Donnerstag, den 18. abends 7½ Uhr. Öffentliche Versammlung in der Schulaula, Schorrenstr. 28. Redner: Graf v. Helldorf, M. H. R. Die Mitglieder des Gesangsvereins „Harmonie“ treffen sich dort eine Viertelstunde früher.

Königs. Verlesungsbureau. Der Lesung findet nicht Donnerstag, sondern am Freitag, den 18. statt.

## Sport.

Sieg von Oskar Ziel-Reinas. Im Sportpalast kam gestern bei heißem Wetter ein 100-Kilometer-Mannschaftsrennen zum Austrag. Adolf Rammichsen, darunter als Quartett Adolf Quischo-Eloz und Richard Quischo-Eloz gingen auf die lange Reise. Beide Rammichsen hatten jedoch überalldauernde Beile mit dem Rang des Rennens nicht zu tun; sie konnten sich in keiner Stellung plazieren. Zudem wurde die Mannschaft u. Quischo-Eloz noch übertrumpft, was Quischo wohl Veranlassung gab, das Rennen aufzugeben. Das Rennen gewann die in blinder Verfassung sich präsentierende Mannschaft Oskar Ziel-Reinas mit 39 Punkten in 2 Std. 31 Min. 34. Sec. vor Hahn-Padebusch 27, Rigetto-Carli 19, Schreier-Palenzini 10, Behrend-Strupat 7 Punkte.



# Gewerkschaftsbewegung

## Wo bleibt der Reichsarbeitsminister?

Nach der einmütigen Ablehnung der geringfügigen Zugeständnisse der Metallindustriellen durch die Funktionärerversammlung des Deutschen Metallarbeiterverbandes scheint der Kampf unvermeidlich. Wohl hat die Ortsverwaltung des Metallarbeiterverbandes, um die Stilllegung der Berliner Metallindustrie mit ihren verhängnisvollen wirtschaftlichen Folgen, wenn noch irgend möglich, zu vermeiden, das Reichsarbeitsministerium angerufen, aber bis heute ist weder eine Einladung erfolgt, noch irgendeine Mitteilung über die Festsetzung von Verhandlungen ergangen.

Die Stimmung in der Arbeiterschaft der Metallindustrie ist aufs äußerste gespannt. Bisher ist es der Ortsverwaltung gelungen, unter Hinweis auf das bevorstehende Eingreifen des Reichsarbeitsministers, die Arbeitsniederlegung hinauszuhalten. Aber die Kraft, die Arbeiter von einer Arbeitsniederlegung zurückzuhalten, hat eine Grenze. Diese Grenze ist jetzt erreicht. Wenn nicht ein sofortiges Eingreifen des Reichsarbeitsministers erfolgt, dann kommt in kürzester Frist die Stilllegung der Berliner Metallindustrie.

Wir müssen unsere Ueberraschung ausdrücken, daß der Reichsarbeitsminister die Dinge hinauszieht. Weiß Herr Dr. Brauns nicht, was ein detarntiger Streik insbesondere in der gegenwärtigen mit katastrophalen Entwicklungsmöglichkeiten geschwängerten Lage bedeutet? Herr Dr. Brauns kann unmöglich die Dinge nicht kennen. Kennt er sie aber, wie kann er es verantworten, daß durch seine Lässigkeit die Katastrophenspitze der Unternehmer unterstügt wird!

## Gegen eine Arbeitnehmerkammer für Oldenburg.

Eine kombinierte Versammlung der Arbeitervertreter in Mülhingen-Wilhelmsbaven nahm zu dem Gegenstand über die Einrichtung einer Arbeitnehmerkammer für den Kreis Oldenburg Stellung. Nach einem Referat des Arbeiterssekretärs Genossen Groenewald, der auf den eng begrenzten Aufgabekreis einer solchen Kammer und die durch sie bedingte unbedeutende finanzielle Belastung der Arbeiterschaft hinwies, weiter aber für paritätische Wirtschaftskammern eintrat, wurde mit 51 gegen 9 Stimmen folgende Entscheidung gefaßt:

„Die heute, am 12. Januar 1923, im Werftspießhaus tagende Versammlung der Vertreter der Gewerkschaftsvorstände, Betriebsräte, des Ortsausschusses des ADGB, und des Ala-Bundes, lehnen die von der oldenburgischen Regierung beabsichtigte Einrichtung einer Arbeitnehmerkammer in der bekanntgegebenen Form ab, da dieser Entwurf nebst der veröffentlichten Begründung keineswegs den Forderungen der Beschäftigten der Gewerkschaftsorganisation sowie der gewerkschaftlichen Zentralverbände entspricht. Die Versammlung erwartet vom oldenburgischen Ministerium und Landtag, daß, wenn eine solche gesetzliche Regelung erfolgen soll, so nur in dem Sinne der vom Gewerkschaftsausschuss geforderten paritätischen Wirtschaftskammern.“

Daraus geht hervor, daß die Regierung es nicht für notwendig erachtete, sich vor der Fertigstellung ihres Entwurfs mit den Vertretern der organisierten Arbeiterschaft in Verbindung zu setzen, offenbar in der Annahme, daß die Gewerkschaften sich im Prinzip ohne weiteres für die zu ihrer öffentlich-rechtlichen Vertretung bestimmten Arbeitnehmerkammer einsehen würden, die nur als ein Provisorium bis zur reichsgesetzlichen Schaffung von Bezirkswirtschaftsräten gedacht sein konnte.

## Die technischen Beamten zur wirtschaftlichen Lage.

In einer überfüllten, vom Bund der technischen Angestellten und Beamten nach dem großen Saal des „Nordischen Hofes“ einberufene Versammlung nahmen am 11. Januar die technischen Beamten und Angestellten im Reichs-, Staats- und Kommunaldienst Groß-Berlin zur wirtschaftlichen Lage Stellung. Dabei wurde anerkannt, daß mit Gehaltserhöhungen allein der Not der Beamten und Angestellten nicht gesteuert werden kann. Es wurden daher Maßnahmen wirtschaftlicher, finanzieller und steuerpolitischer Art gefordert, wie sie vom Allgemeinen Deutschen Beamtenbund und vom ADGB von der Regierung verlangt worden sind. Es wurde eine Entschlieung gefaßt, die besagt, daß die Versammlung mit Entrüstung davon Kenntnis nehmen, daß die Absichten der Regierung darauf hinauslaufen, den Tarifvertrag in bezug auf Bewertung und Mitbestimmung wesentlich zu verschlechtern, um gleichzeitig die unbedingt notwendige Revision der Befoldungsgeetze zu umgehen. Die Versammlung erwartet, daß die Reichs- und Staatsregierung bei den künftigen Tarifverhandlungen mehr Verständnis für die rechtliche und soziale Lage der technischen Angestellten zeigt und auch durch eine tiefgreifende Reform der Befoldungsgeetze den technischen Beamten die Stellung im öffentlichen Dienst einräumt, die ihnen auf Grund ihrer Befähigung und Leistung zukommt.

Soll unser schwer daniederliegendes Wirtschaftsleben wieder gefunden, muß der jede freie Entwicklung hemmende formal-bureaucratische Geist in der Verwaltung ersetzt werden durch eine vom technisch-wirtschaftlichen Geist durchdrungene Verwaltungsreform.

## Die Holzarbeiter-Sperre.

Die Sperre über die Firma Ligges u. Co., S. n. Dr. Martin Böhme, Greifswalder Straße 40, und Neue Königstraße 61/64, ist hiermit aufgehoben. Die stattgefundenen Verhandlungen haben zu einer beiderseitigen Verständigung geführt.

Die Sperre über die Firma Kurt Goebel, Frankfurter Allee 76, bleibt für organisierte Arbeitnehmer nach wie vor bestehen. Genannte Firma hat eine Berichtigung an die Presse gesandt, daß es unwahr sei, daß sie beabsichtige, eine größere Zahl Mitglieder des Deutschen Holzarbeiterverbandes zu mahregeln. Hierzu ist zu betonen, daß ursprünglich die Firma Kurt Goebel nur die Hälfte der Belegschaft wieder einzustellen gedachte und daß erst durch Verhandlungen des Holzarbeiterverbandes die Firma sich bereit erklärte, sämtliche Arbeitnehmer einzustellen, aber nur zu einer verkürzten Arbeitszeit von 24 Stunden. Da dies Verhalten sehr durchsichtig erscheint, ist anzunehmen, daß Mahregelungen auf dem Wege vor sich gehen und in kurzer Zeit nach Lage der Verhältnisse die Firma die ihr nicht beliebigen Arbeitnehmer entlassen wird.

Wenn die Firma Kurt Goebel die Arbeitszeit über 24 Stunden ausdehnt, werden die Arbeitnehmer des Betriebes auch die Arbeit aufnehmen. Deutscher Holzarbeiterverband.

## Wahlen im Holzarbeiterverband.

In 45 Mitgliederversammlungen werden am Donnerstag die Wahlen der Branchen- und Bezirksleitungen und der Kommissionen vorgenommen. Von dem Ausfall der Wahlen hängt die Jahresstätigkeit der Verbandsfunktionäre ab. Soll sie im Sinne der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale und nach unseren Traditionen erfolgen, so müssen alle Parteigenossen an der Wahl teilnehmen. Leute unserer Richtung vorschlagen, und für ihre Wahl einzutreten. Nur dann können die heute nicht organisierten Holzarbeiter für uns wiedergewonnen werden, wenn unsere Parteigenossen in der Gewerkschaft tätig sind.

Auch die Kandidatenlisten für die Wahl der Delegierten zu den Generalversammlungen des Jahres 1923 werden in diesen Versammlungen aufgestellt. Hier kommt es darauf an, die ganzen Listen mit unseren Vorschlägen zu besetzen. Später ist keine Gelegenheit mehr, vorschlagen und zu wählen. Jetzt muß jeder Vorschlag angenommen werden. Das ist besonders da zu be-

achten, wo bisher die Kommunisten alle Funktionen in den Händen hatten. Parteigenossen, tut eure Pflicht! Sorgt für Delegierten-vorschläge. Der Werbeausschuß.

## Lohnregelung bei den Bauanschlägern.

Die Bauanschläger Groß-Berlins waren am Dienstagabend zahlreich im Sitzungssaal des Metallarbeiterverbandes versammelt, um einen Bericht über die mit dem „Schuhverband“ der Berliner Schlossereien vor dem Demobilisierungskommissar geführten Lohnverhandlungen entgegenzunehmen, der vom Kollegen Grunow erstattet wurde. Für die erste Januarhälfte bestanden folgende Vereinbarungen: Stundenlohn 480 M. und bei Akkordarbeiten das 540fache des Tarifs vom Jahre 1912. Durch die Verhandlungen vor dem „Demo“ wurde für die Zeit vom 16. bis 31. Januar der Stundenlohn auf 560 M. erhöht und für Akkordarbeiten das 630fache des Tarifs von 1912 festgesetzt. Die Lohnzulage für Sonn- und Feiertage soll vom 2. bis 31. Januar 1900 M. betragen. Nach einer sehr sachlichen und ruhigen Aussprache stimmte die Versammlung der Annahme des Spruches zu.

Der Deutsche Verkehrsband, Bezirk Groß-Berlin hat nach Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuß und dem Demobilisierungskommissar das Dezember-Lohnabkommen für den Kurz-, Galanterie- und Spielwaren-Großhandel getroffen und am 9. Januar mit dem durch Generaldirektor Neuhaus vertretenen Firmen des Eisen- und Stahlgroßhandels die Januarlöhne vereinbart. Auch die Januarlöhne der Transportarbeiter im graphischen Gewerbe sind vereinbart worden, und zwar für folgende Gruppen: Buchdruckereien, Buchbindereien, Zeitungsverlagsanstalten, Briefumschlagsfabriken, Kontobuchbetriebe, Lugsuspapierfabriken sowie Papier- und Pappengroßhandel.

Die Tarifverträge können im Zimmer 32 des Gewerkschaftshauses gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches in Empfang genommen werden.

# Wirtschaft

In Amerika ist ein riesiger Fleischtruft im Entstehen. Die Chicagoer Riesenfleischhäuser sind weltbekannt. In den erschütternden Schilderungen Upton Sinclairs wird die schreckliche Ausbeutung der Arbeitskraft durch eine eintönige, bis zum letzten rationalisierte Arbeitsmethode in diesen Schlachthäusern dargestellt. Das lebende Vieh wird dort eingeführt und mit Hilfe von vielen Maschinen und einer Arbeitsstellung, bei welcher ein jeder Arbeiter den ganzen Tag nur dieselbe Bewegung wiederholt, binnen kurzem zu fertigen Konserven usw. verwandelt. Jetzt ist in diesem Industriezweig ein riesiger Truft im Entstehen begriffen. Die fünf Großfirmen dürfen bald in nur zwei Trufts vereinigt werden. Die Verschmelzung der berühmten Firma Armour des „Fleischkönigs“ mit der anderen Großfirma Morris ist bereits fertig und bedarf nur noch der Zustimmung der Regierung, welche auf Grund des Antitrustgesetzes auch verweigert werden könnte. Die Vertreter der Farmer protestieren gegen den neuen Truft, dem sie infolge der Ausschaltung der Konkurrenz bei dem Verkauf ihrer Viehbestände ausgeliefert werden sollen. Der politische Einfluß der Farmer ist in letzter Zeit wesentlich größer als bisher. So ist der Ausgang des Kampfes zwischen Trufkapital und Farmer — wobei sicher große Bestechungssummen verwendet werden — unsicher. Das Betriebsvermögen der beiden zu verschmelzenden Firmen wird auf eine halbe Milliarde Dollars geschätzt. Als dritte soll die Großfirma Wilson zum Truft hinzutreten. Zwischen den beiden anderen Fleischmagnaten Swift und Cudahy soll ebenfalls eine Verschmelzung der Betriebe vorgenommen werden.

Verantwortlich für den rebalt. Teil: Victor Schiff, Berlin; für Anzeigen: Ed. Gluck, Berlin. Verlag: Bornhorts-Berlin O. m. b. H., Berlin. Druck: Bornhorts-Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 2.

# Unser Saison-Ausverkauf

diesjähriger bietet eine außerordentlich günstige Gelegenheit zu enorm billigen Einkäufen.

Kleiderstoffe		Baumwollwaren		Wachstoffe	
Blusenstoffe hübsche Streifen	950 <sup>00</sup>	Hemdentuch für Leib- und Bettwäsche	750 <sup>00</sup>	Velour-Flanelle für Blusen und Kleider	750 <sup>00</sup>
Karierte Stoffe auch schwarz/weiß kariert, doppeltbreit	975 <sup>00</sup>	Haustuch kräftiges Gewebe, 80 cm breit	975 <sup>00</sup>	Dirndl-Musseline gute Qual., neue Murer	750 <sup>00</sup>
Popeline mit Seide, neuzeitl. Karos, doppeltbreit, Meter	1985 <sup>00</sup>	Linon feines Gewebe, 120 cm breit	1275 <sup>00</sup>	Zephir-Stoffe für Blusen und Kleider	825 <sup>00</sup>
Mohairstoffe schwarz und marine für Kleider u. Röcke, 120 cm breit, Meter	1685 <sup>00</sup>	Gerstenkorn-Handtücher ges. und geb.	450 <sup>00</sup>	Voile-Frotté für Blusen und Kleider	1485 <sup>00</sup>
la. Reinw. Kammgarn-Chev. schwarz u. marine 130 cm br. Mtr.	3300 <sup>00</sup>	Bettlaken aus Nessel, 2 Meter lang	1985 <sup>00</sup>	Voiles neuzeitl. ca. 120 cm breit	1475 <sup>00</sup>
Reinwollene Popeline schwarz und marine 100-105 cm breit, Mtr.	3300 <sup>00</sup>	Fertige Deckbettbezüge zum Knöpfen	4750 <sup>00</sup>	Crépe-Frottés neuzeitl. 100 cm breit	1575 <sup>00</sup>
Reinwollene Flauchstoffe 130 cm breit, Mtr.	380 <sup>00</sup>	Kopfkisseninlett fertig genäht	1975 <sup>00</sup>	Neueste Frottéstoffe 105 cm breit	2450 <sup>00</sup>
Blusen · Röcke		Kleider · Mäntel		Gardinen · Decken	
Flanellblusen in verschiedenen Streifen	1250 <sup>00</sup>	Backfischkleider aus einfarbigem Stoff, mit reicher Sticker.	5450 <sup>00</sup>	Halbstores in Erbs-Tüll und Engl-Tüll	6750 <sup>00</sup>
Sportblusen offen und geschlossen, langgeschlittene Form	1575 <sup>00</sup>	Damenkleider marine/weiß kariert, weiße Ripengaritur	7850 <sup>00</sup>	Künstlergardinen 2 Schaie, 1 Quorböschung	6875 <sup>00</sup>
Blusenhemden in dunklen und gedachten Mustern	1950 <sup>00</sup>	Cheviot-Kleider reine Wolle, mit farbiger Stickerel	9850 <sup>00</sup>	Gardinenbatist gestreift, 80 cm breit	585 <sup>00</sup>
Strickjumper Reine Wolle in verschiedenen Farben	3900 <sup>00</sup>	Wintermäntel moderne Form, in dunklen Farben	7500 <sup>00</sup>	Diwanddecken Phantasiegewebe mit Franzen	12500 <sup>00</sup>
Damenröcke aus marisblauen Stoff mit Knopfgaritur	1975 <sup>00</sup>	Regenmäntel imprägniert, Schlupferform	12500 <sup>00</sup>	Sofabezugstoffe moderne Muster, 130 cm breit	1350 <sup>00</sup>
Frauenröcke marineblau, weit geschlitten	2500 <sup>00</sup>	Astrachan-Mäntel Prima Mohair, auf gutem Kloth	18750 <sup>00</sup>	Bettdecken in Engl-Tüll	6500 <sup>00</sup>
Strümpfe, Herrenartikel		Bedarfsartikel		Wirkwaren	
Herrenschweißsocken grau, schwere Qualität	298 <sup>00</sup>	Strickwolle grau und schwarz, gute Qualität, 50 gr. Laga	245 <sup>00</sup>	Damenhemden gestrickt	950 <sup>00</sup>
Damenstrümpfe Baumwolle, engl. lang, grau, weiß und lederfarbig	298 <sup>00</sup>	Jumperwolle alle Farben, hervorragende Qualität, 50-gr-Laga	610 <sup>00</sup>	Damenuntertaillen gestrickt	750 <sup>00</sup>
Schwarze Füßlinge	185 <sup>00</sup>	Zwirnspitzen ca. 8 cm breit, verschiedene hübsche Muster	78 <sup>00</sup>	Wollene Kopftücher mit Spitze	475 <sup>00</sup>
Herren-Hosenträger	575 <sup>00</sup>	Klöppelspitzen u. Einsätze 8 cm breit, feinste Ausführung Mtr.	98 <sup>00</sup>	Herren-Sweater reine Wolle	3375 <sup>00</sup>
Wollene Sportserviteurs mit Krawatte	148 <sup>00</sup>	Moderne Fantasiegürtel	278 <sup>00</sup>	Herrenunterhosen starkes Gewebe	595 <sup>00</sup>
Sportkragen weiß und farbig	175 <sup>00</sup>	Damen-Schluphöhnchen weiß und blau	1475 <sup>00</sup>	Normalunterjacken für Herren	1975 <sup>00</sup>
Gestr. Perk.-Oberhemd. In Qual. Faltenhrnat. Krag. Klappmanzob.	6500 <sup>00</sup>	Wiener Damenschürzen mit Trägern	1475 <sup>00</sup>		

In unseren 33 Schaufenstern und Schaukästen sind fast alle hier aufgeführten Waren zur Ansicht ausgestellt.

Mengenabgabe vorbehalten. — Verkauf soweit Vorrat.

# Kaufhaus Singer & Co., Chausseestr. 61-62

Ecke der Losenstr.

Von 12-3 Uhr geschlossen

Von 12-3 Uhr geschlossen